

**24
79**

Union in Deutschland

Bonn, den 15. Juni 1979

10. Juni: ein überzeugender Wahlsieg

Die Christlichen Demokraten werden gemeinsam mit den Konservativen die stärkste politische Kraft im neuen Europäischen Parlament sein. In der Bundesrepublik Deutschland haben CDU und CSU bei dieser ersten europäischen Direktwahl einen überzeugenden Sieg erfochten. Mit 49,2 % der gültigen Stimmen haben beide Parteien gemeinsam ihre politischen Gegner deutlich distanziert. Mit diesem Ergebnis, das das Bundestagswahlergebnis der Union aus dem Jahre 1976 noch übertrifft, erreicht die Union mit 42 der 81 deutschen Europamandate eine absolute Mehrheit.

Wir haben rechtzeitig die richtigen Themen gehabt, stellt hierzu Helmut Kohl fest. Wir haben politisch argumentiert. Wir haben uns konzentriert auf diese Alternativen, die gleichzeitig eine positive Aussage beinhaltet haben. Wir haben unsere Negativaussage gegen ein sozialistisches Europa durch argumentative Inhalte ausgefüllt im Gegensatz zur SPD, die keinen sachpolitisch orientierten Wahlkampf geführt hat.

Allen Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Stimme zu diesem großartigen Erfolg beigetragen haben
(Weiter auf Seite 2)

■ EUROPAWAHL

Pressestimmen aus dem In- und Ausland:

Es wird kein sozialistisches Europa geben Seiten 6 bis 8

■ BEILAGE BLAU:

Der Politik der Mitte gehört die Zukunft / Analyse der Ergebnisse in der Bundesrepublik und in den anderen EG-Staaten Seiten 2 bis 7

Gesamtergebnis
Bundesrepublik Deutschland
und Einzelergebnisse
der Bundesländer Seiten 8 bis 11

Die deutschen Abgeordneten
im Europa-Parlament
Seiten 12 bis 13

So wählen die anderen
EG-Länder Seiten 14 bis 16

■ KONFERENZ VON MANILA

Zur Selbstzufriedenheit
besteht kein Anlaß Seite 11

■ STRASSEN- VERKEHR

Antrag der Union: Mehr Sicherheit für unsere Kinder Seite 13

■ KOALITION

Vor Mißbrauch von
Steuergeldern wird gewarnt
Seite 14

ben, danke ich für das Vertrauen, das sie damit der Politik und den Kandidaten der Union ausgesprochen haben. Ihr Auftrag verpflichtet uns, die europäische Einigungspolitik Konrad Adenauers fortzusetzen und sie mit neuen, zukunftsweisenden Impulsen voranzutreiben.

Mein besonderer Dank geht aber auch an alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei, die in unermüdlichem Einsatz dazu beigetragen haben, die Mehrheit der deutschen Wähler für die Union zu gewinnen. Der Wahlkampf war nicht einfach; er hat viele unserer Helfer vor neue und ungewohnte Aufgaben gestellt. Um so mehr freue ich mich mit ihnen allen über das Ergebnis unseres gemeinsamen Wahlkampfes: den Wahlsieg der Union.

Nach der Bundesvorstandssitzung am 11. Juni 1979 in Bonn gab Helmut Kohl vor der Presse folgenden Bericht:

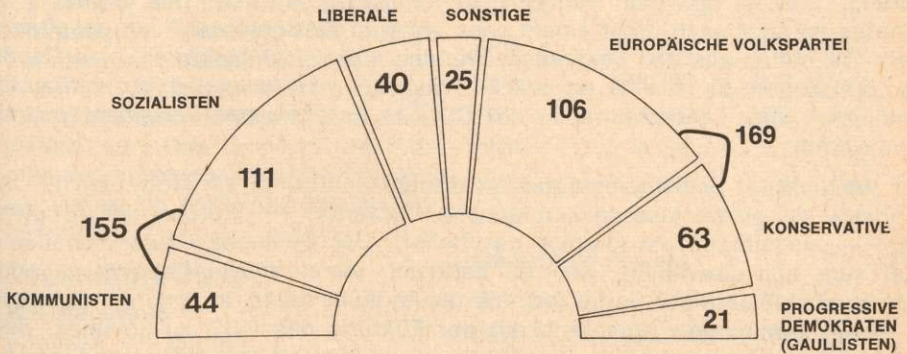
Der Bundesvorstand hat eine erste Analyse der Europawahlen vorgenommen. Dieses Wahlergebnis wirft viele Fragen für alle politischen Parteien auf, auch für die CDU. Wir werden das Ergebnis im Blick auf die Vorbereitung der Bundestagswahl 1980 auf die Serie der Landtagswahlen im Herbst in Bremen und im kommenden Frühjahr in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und im Saarland sehr sorgfältig analysieren.

Die Wahl zum ersten direkt gewählten Europäischen Parlament, das habe ich immer vor dem Wahltag gesagt, ist natürlich keine „Testwahl“. Dennoch war dies eine Wahl in der nationalen Dimension der Bundesrepublik Deutschland und der anderen europäischen Länder. Wir hatten eine Wahlbeteiligung von 66 Prozent, also rund zwei Drittel der Bürger sind zur Wahlurne gegangen. Das ist ein klares Ja zu diesem Europäischen Parlament. Ich bin zudem davon überzeugt, daß auch viele von denen, die nicht zur Wahl gegangen sind, diesen ersten Schritt auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa, einer europäischen Föderation, voll und ganz bejahen.

Ich möchte mich auch gegen eine Interpretation wenden, als habe nun dieses Parlament, weil die gewohnte hohe Wahlbeteiligung einer Bundestagswahl ausgeblieben ist, etwa eine geringere Legitimität oder Autorität. In vielen Ländern der Welt sind Wahlbeteiligungen von 66 Prozent hervorragende Wahlbeteiligungen. Amerikanische Präsidenten kommen in der Regel bei einer ähnlichen und geringeren Wahlbeteiligung ins Amt. Dennoch müssen alle Parteien in Europa darüber nachdenken, inwieweit sie fähig sind, diese Wahlbeteiligung zu verbessern.

Die CDU Deutschlands versteht sich als ein Landesverband der Europäischen Volkspartei, und ich bin sehr glücklich, daß die in der EVP zusammengeschlossenen christlichen demokratischen Parteien bei dieser Wahl in einer ganz hervorragenden Weise abgeschnitten haben. Gemeinsam mit unseren konservativen Freunden sind wir mit weitem Abstand die stärkste politische Kraft in Europa. Die EVP allein ist in sieben Ländern die stärkste Partei geworden, das zeigt, daß die meisten Prognosen, die vor dieser Wahl verbreitet worden sind, unzutreffend waren.

Das Europäische Parlament



Der Verlierer der Europawahl war in allen europäischen Ländern der Bund Europäischer Sozialisten, die Gruppierung Willy Brandts. Das ist ein sehr wesentlicher und beachtlicher Vorgang im Blick auf das, was wir vor dieser Wahl immer wieder aus dem sozialistischen Lager gehört haben. Es gab keinen Linksrutsch in Europa. Der These von Herrn Mitterand („Europa wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein“) ist eine klare Abfuhr erteilt worden.

Für uns in der Bundesrepublik Deutschland ist dieses Wahlergebnis ein großartiger Erfolg. Der Erfolg wird erst richtig erfaßt, wenn man sich für eine Minute vorstellt, was geschehen wäre, wenn unsere politischen Gegner einen ähnlichen Erfolg errungen hätten. Ich mache kein Hehl aus meiner Überzeugung, daß CDU/CSU am Sonntag die 50-Prozent-Marke überschritten hätten, wenn wir uns nicht in letzter Zeit der deutschen Öffentlichkeit mit einer Summe von Querelen dargestellt hätten.

Was den Wahlkampf selbst anbetrifft, glaube ich, daß es der CDU/CSU besser gelungen ist als anderen, unsere Freunde und Anhänger von der Notwendigkeit dieser europäischen Entscheidung zu überzeugen. Die vielen Jahre des uneingeschränkten Eintretens für die Idee des einen und freiheitlichen Europa hat Früchte getragen. Das halbherzige Ja zu Europa — vor allem im sozialistischen Lager — ist beim Wähler nicht angekommen.

Es hat sich außerdem gezeigt, daß sich Wahlkampf auszahlt. Von nicht wenigen ist häufig auch aus Bequemlichkeit das Argument vorgetragen worden, Wahlkampf nütze nichts. In meinen eigenen 50 Wahlveranstaltungen

habe ich das Gegenteil erfahren. Das ist wiederum eine wichtige Aussage für die Wahlkämpfe, die vor uns liegen. Der Wähler hat aus gutem Grund den Wunsch, daß die Parteien, die um seine Stimme werben, sich um ihn bemühen, daß sie Informationen geben und wirklich um jede Stimme kämpfen.

Wir haben vor allem drei klare Sachaussagen gemacht: Partnerschaft statt Klassenkampf, Bürgerfreiheit statt Bürokratisierung und Sicherheit statt Neutralisierung. Das ist von den Bürgern aufgenommen worden. Das Ergebnis von Sonntag ist aber auch unter einem ganz anderen Gesichtspunkt von besonderem Wert. Wir hatten aus den bekannten Gründen nicht die Möglichkeit, eine Bundesliste aufzulegen. Es ist eine erfreuliche Tatsache, jetzt feststellen zu können, daß Kandidaten **aller** Landesverbände der CDU im Europäischen Parlament vertreten sein werden.

Der Versuch der Sozialdemokraten, in diesen Wahlkampf ein Motiv des 19. Jahrhunderts mit einem klassenkämpferischen Unterton — „Europa der Arbeitnehmer“ — einzuführen, ist kläglich gescheitert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund muß sich nun überlegen, was es bedeutet, wenn man in einem so engen Schulterschuß zu einer Partei tritt. Ich denke nicht daran, in unserem Bestreben, zu einem vernünftigen Gespräch mit der Führung des DGB zu kommen, durch diese Erfahrungen nachzulassen. Aber ich denke doch, daß jene Kreise im Deutschen Gewerkschaftsbund — es ist nicht **der** DGB, sondern es sind bestimmte Kreise im Deutschen Gewerkschaftsbund, die hier diese besonders enge Bindung zur SPD versucht haben — ihre Niederlage eingestehen müssen.

Denn dieser überzeugende Wahlsieg der CDU/CSU war nur möglich, weil auch innerhalb der organisierten Arbeitnehmerschaft die Christlich Demokratische und die Christlich Soziale Union den notwendigen Anhang und Anklang gefunden haben.

Ein weiterer Punkt: Seit Sonntagabend läuft, wie das in solchen Fällen üblich ist, wieder die große Vernebelungstaktik um den Bundeskanzler. Hier stelle ich klar: Diese Wahl hat natürlich nicht nur Willy Brandt, sondern hat auch Helmut Schmidt verloren. Denn für den Bundesbürger war unübersehbar, daß er das Gewicht seiner Person und das Gewicht der Autorität seines Amtes mit in dieser Wahlentscheidung eingebracht hat.

Auf vielen Plakaten, die quer durch alle deutsche Lande zu sehen waren, hat Helmut Schmidt gemeinsam mit Willy Brandt für die Sozialdemokratische Liste geworben, so daß hier eine völlige Identität von Person und Partei deutlich wurde. Insofern hat auch er seinen Anteil an dieser Wahlniederlage.

Schon bei dieser ersten Wahlanalyse möchte ich darauf verweisen, daß wir sehr sorgfältig den Stimmenanteil betrachten werden, der für die sogenannten „Grünen Listen“ abgegeben wurde. Es ist klar, daß man diese Zahlen nicht automatisch für die Bundestagswahl übernehmen kann. Aber wer die Reaktion in den anderen Parteien beobachtet hat, der weiß, daß die Frage einer vernünftigen oder gemeinsamen Energiepolitik durch dieses Ergebnis nicht erleichtert wurde, sondern daß hier für die nächsten Monate mancherlei Erschwernisse ins Haus stehen.

Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und im Saarland

Zu gleicher Zeit mit den Europawahlen fanden in Rheinland-Pfalz und im Saarland Kommunalwahlen statt. In Rheinland-Pfalz liegt bisher nur das amtliche Endergebnis der Kreistagswahlen vor. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen ist vom Landeswahlleiter für das Wochenende angekündigt.

Rheinland-Pfalz

Kreistagswahl

Wahlber.	2 728 169	
abg. St.	2 130 098	78,1 (81,1)
göl. St.	2 077 867	
CDU	987 056	47,5 (51,6)
SPD	876 634	42,2 (35,5)
FDP	142 783	6,9 (8,7)
NPD	—	— (0,7)
DKP	5 995	0,3 (0,5)
Wählergr.	65 399	3,1 (3,0)

Saarland

Kreistagswahl

Wahlber.	820 174	
abg. St.	666 744	81,3 (83,9)
göl. St.	652 703	
SPD	294 866	45,2 (37,3)
CDU	298 736	45,8 (50,4)
FDP	42 438	6,5 (7,4)
DKP	8 291	1,3 (1,9)
Wählergr.	8 372	1,3 (1,9)

Gemeinderatswahl

Wahlber.	815 852	
abg. St.	667 702	81,8 (83,9)
göl. St.	653 132	
SPD	292 600	44,8 (37,4)
CDU	292 166	44,7 (49,0)
FDP	43 476	6,7 (7,0)
DKP	5 948	0,9 (1,7)
CSWU	1 325	0,2 (—)
Wählergr.	17 617	2,7 (4,3)

Der Bundesvorstand hat in dieser Sitzung auch die Berichte der Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes zu dem Thema Kommunalwahlen entgegengenommen. Die Ergebnisse dieser Kommunalwahlen befriedigen uns nicht. Eine wirkliche Basis für diese Beurteilung dieser Ergebnisse ist freilich nur dann zu finden, wenn man sich den Wahltag der letzten Kommunalwahlen noch einmal in Erinnerung ruft: die letzten Wahlen im Saarland fanden 1974, drei Tage vor dem bereits in der Luft liegenden Rücktritt von Willy Brandt statt, also in einem Augenblick der völligen Agonie der SPD/FDP-Regierung.

In Rheinland-Pfalz war dies ein ähnliches Datum. Bei den Kommunalwahlen — das kann ich am besten aus meiner Erfahrung und Praxis aus Rheinland-Pfalz beurteilen, gibt es für die CDU auch immer noch die Besonderheit der „freien Listen“. Es gibt eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden, in denen sich die CDU bei Rathauswahlen den Wählerkuchen mit solchen „freien Listen“ teilen muß, deren Wähler dann bei Landtags- und Bundestagswahlen — auch bei der Europawahl, wie Rheinland-Pfalz und das Saarland deutlich zeigen — im Sinne der Christlich Demokratischen Union votieren.

■ PRESSE UND HÖRFUNK

Es wird kein sozialistisches Europa geben

Eine Niederlage bleibt auch dann eine Niederlage, wenn sie mit plausiblen Argumenten zu erklären ist. Mit dieser Erkenntnis aus der Europawahl müssen sich die deutschen Sozialdemokraten abfinden und noch stärker sogar die Freien Demokraten. Beide Koalitionspartner in Bonn haben Verluste im Vergleich zur letzten Bundestagswahl erlitten, während CDU und CSU zusammen einen prozentualen Anteil erreichten, der den Unionsparteien rein rechnerisch zur Alleinregierung in Bonn verholfen hätte.

Zwei Nackenschläge auf einmal haben die Sozialdemokraten zu verkraften: Erstens gelang es ihnen nicht, ihre potentiellen Wähler zu mobilisieren, und zweitens brachte die starke Vertretung von Spitzenfunktionären des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf der SPD-Liste offenkundig nicht viel ein. Die größere Gefahr kann für sie auf längere Sicht von der Konkurrenz der Grünen drohen. Selbst wenn deren Listen auch in naher Zukunft unter der Fünfprozenthürde bleiben, zehren sie doch ganz überwiegend vom Wählerreservoir bei der Koalitionsparteien.

Süddeutsche Zeitung

Christdemokraten und Konservative stehen nun vor einer großen Bewährungsprobe. Im Parlament sitzen prominente Gegner der EG und auch erstmals „Grüne“. Sie werden den „Europäern“ zumindest heftige Redeschlach-

ten liefern. Die Auseinandersetzungen um Grundsatzfragen und Rechte des Parlaments können aber auch das Interesse derjenigen Bürger wecken, die diesmal nicht zu den Urnen gegangen waren. Dann wird in fünf Jahren bei den nächsten Europawahlen die Beteiligung überall höher sein.

Abendpost-Nachtausgabe, Frankfurt

Die klare Mehrheit der Wähler will kein sozialistisches Europa. Hierin liegt die große politische Entscheidung der Wahlen. Was aus der Achse Brandt — Mitterand — Craxi — Callaghan gehofft und geträumt wurde, ist vom Wähler zurückgewiesen worden. Die Beseelung der Wähler für eine neue proletarische Ideologie ist mißlungen. Das Aufgebot der deutschen Gewerkschaftsführer innerhalb der sozialdemokratischen Formation war ein Fehlschlag. Jenes Potpourri aus sozialistischem Lenkungsbürokratismus, Verteilungseifer und Paradiestapeten hat nicht gezogen. Das Doppelfoto mit Brandt und Schmidt wirkte künstlich. Brandts Illusionskurs war nicht gefragt, Schmidts Segensgeste für den modernen Marx wurde nicht geglaubt.

Frankfurter Neue Presse

Schon nach dem erdrutschartigen Sieg der Konservativen in Großbritannien Anfang Mai sah es nicht so aus, als würde es im neu und diesmal direkt zu wählenden Europäischen Parlament so etwas wie einen Linksrutsch geben.

Daß jedoch die politischen Gruppierungen in der Mitte und rechts der Mitte eine so satte Mehrheit gewinnen würden, wie geschehen, war kaum abzusehen. Hatte es nicht noch vor wenigen Monaten so ausgesehen, als ob man gar nicht umhinkommen werde, die Präsidentschaft im Straßburger Parlament zunächst einmal dem lorbeerumrankten Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, anzutragen?

Davon ist nun überhaupt nicht mehr die Rede. Wenn sich auch die erste, später wieder umgestoßene Analyse der Wahlrechner doch bestätigt, daß die demokratischen Sozialisten die stärkste Fraktion stellen, so folgt doch mit erstaunlich geringem Abstand schon die Gruppe der Christlichen Demokraten. Und das, obwohl es weder in Großbritannien noch in Frankreich Parteien wie die CDU bei uns oder die Democrazia Christiana in Italien gibt. Englands Konservative, mit 60 Abgeordneten die größte nationale Partei in „Europa“ überhaupt, kommen dicht hinter der Europäischen Volkspartei. Sie werden — so hat es Margaret Thatcher den Tindemans, Kohl, Strauß oder Andreotti versprochen — im Zweifel mit den Christlichen Demokraten zusammenwirken.

Rheinische Post

Es wird kein sozialistisches Europa geben. Das ist die wichtigste Feststellung aus dem Wahlergebnis des Sonntags. Die christlichen und konservativen Parteien wurden die stärkste Kraft. Sie werden die Weichen in den ersten fünf Jahren dieses erstmals direkt gewählten Parlaments für die weitere Entwicklung Europas stellen.

Daran kann kein Rechenkunststück etwas ändern. Die teilweise enttäuschend

geringe Wahlbeteiligung ist kein Grund, das Wahlergebnis gleichsam in Gedanken zu korrigieren.

Mit der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland können wir zufrieden sein. Wir halten nicht die Spitze, aber sie ist doch besser als befürchtet. Wir brauchen uns ihrer nicht zu schämen. Nimmt man die Wahlbeteiligung als einen Gradmesser für die Europabegeisterung, dann ist das Urteil eher positiv.

Kölnische Rundschau

Nicht zu bestreiten ist, daß sich allgemein bei den europäischen Wahlen ein Trend zu den christlich-demokratischen und konservativen Parteien bemerkbar gemacht hat, und vielleicht werden die Wahlstrategen des Jahres 1980 auch bei der SPD, aber mehr noch bei den Freien Demokraten daraus ihre Lehren ziehen, wenn sie die Stimmen, die ihnen offensichtlich durch die Grünen weggenommen werden, aus der Mitte zurückgewinnen wollen.

Süddeutscher Rundfunk

Betrachtet man das deutsche Stimmenergebnis auf die Parteien bezogen, so muß zunächst gesagt werden, daß die sozialdemokratische Rechnung offensichtlich nicht aufgegangen ist, durch die Kandidatur des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Vetter, in großem Maße Arbeitnehmer auf sich zu ziehen — dazu mit dem Versprechen der 35-Stunden-Woche. Die SPD hat damit keine besonderen oder gar zusätzlichen Punkte sammeln können ... Was die Freien Demokraten betrifft, so hatten sie zwar in ihrem Spitzenkandidaten Bangemann einen aktiven Europäer anzubieten und sie hatten auch ein durchaus attraktives europäisches Wahlprogramm — beispielsweise mit einem plausiblen Grundrechtska-

talog —, aber diese Partei leidet permanent unter organisatorischer Schwäche und doch auch unter manch unbekümmerter Wechselhaftigkeit der von ihr anvisierten Wahlgänger.

RIAS Berlin

Wer je den Traum von einem sozialistischen Europa träumte, er muß nun erkennen, daß es dafür keine Basis in den Völkern dieses Europas gibt... Die Sieger sitzen im Lager der Christdemokraten und Konservativen, die sich wegen der Widerstände auf den linken Flügeln der italienischen und niederländischen CD-Parteien zwar nicht zusammenschließen, wohl aber gemeinsam Politik machen werden. Die durchgängig positive Haltung zur Gemeinschaft in diesem Lager hat sich — außer in Italien, das als weiche Flanke erscheint — in Stimmenzuwachsen gegenüber den nationalen Wahlen ausgezahlt. Wenn es in Europa künftig um ordnungspolitische Grundsatzentscheidungen geht — dürfte eine marktwirtschaftlich orientierte Mehrheit gesichert sein...

Saarländischer Rundfunk

Insgesamt ist man in politischen Kreisen in Bonn froh darüber, daß Deutschland nicht wieder einmal als „Europameister“ auftritt. Man befürchtete ernsthaft, daß eine Rekordwahlbeteiligung die Nachbarländer hätte denken lassen können, es gehe den Deutschen vor allem darum, Europa zu dominieren.

Le Monde, Paris

Es hat sich etwas Erstmaliges ereignet: Ein Vielvölkerbund bekam durch allgemeinen Urnengang ein demokratisches Fundament... Erhöhtes Gewicht werden nun auch die Äußerungen aus Straßburg zur EG-Außenpolitik bekommen: Jene zum Verhalten gegenüber dem weiteren Europa, den Neutralen,

den Osteuropäern — auch gegenüber den USA, zu denen sich eine Energiekonfrontation abzeichnet. Und da übers gewählte Parlament das Europavolk mitspricht, werden im Verkehr mit manchen Staaten Begriffe wie „Menschenrechte“, „nationale Selbstbestimmung“ vermehrt einfließen. Insgesamt: Europa wird nicht „leichter“, aber interessanter.

Tagesanzeiger, Zürich

Die Linke weicht zurück. Das Wort Niederlage paßt nicht ganz zu dieser Situation: Es ist eine Abnutzung, eine Gleichgültigkeit, eine Art Langeweile ihrer Kampagnen, ihrer internen Streitereien, ihrer Unsicherheit und ihrer mangelnden Anpassung an die Aktualität. Die Schulmeister der offiziellen Linken sagen bereits, daß es sich tatsächlich um ein nominelles Parlament handelt, das nicht entscheidend ist. Sie fangen an, nationalistische Positionen gegenüber Supranationalen zu verteidigen.

El Pais, Madrid

Sind die, die sich der Stimme enthalten haben, die großen Sieger der Direktwahlen zum Europäischen Parlament? Wohl nicht. Von den 185 Millionen zu den Wahlurnen gerufenen Europäern sind 65 Prozent dem Aufruf gefolgt. Europa hat demzufolge 120 Millionen Menschen bewegt. Wenn man sich schlicht an die Arithmetik hält, kommt man zu dem Schluß, daß die Europawahlen bei den Wählern der Neun mehr Interesse hervorgerufen haben, als die Präsidentenwahl bei den Bürgern der Vereinigten Staaten. Europa hat also dabei nicht verloren, wie der Generalsekretär der französischen KP, Georges Marchais, am Sonntagabend behauptete.

Libre Belgique, Brüssel

■ INFORMATION

Strategiekommission beginnt Arbeit

Die Strategiekommission der CDU und CSU wird — wie seit langem vorgesehen — am 22. Juni zu ihrer nächsten Sitzung zusammentreten. Helmut Kohl stellte vor der Presse in Bonn nach der Bundesvorstandssitzung am 11. Juni auf Fragen von Journalisten fest, daß er mit mehreren Sitzungen der Kommission rechne, jedoch die anstehenden Fragen auf jeden Fall vor der Sommerpause, die in diesem Fall nicht nach Ferienterminen rechne, gemeinsam mit der CSU geklärt werden müssen.

CDU-Sprecher Henrich appellierte am Wochenende an die CSU, zu einem sachlichen Gespräch auch über mögliche Streitfragen zurückzukehren. Hierzu gehörten auch Andeutungen, CDU-Generalsekretär Geißler strebe den offenen Bruch mit der CSU an, um nach der Wahl die CDU in eine Koalition mit der SPD zu führen — eine Verdächtigung, die jeglicher Grundlage entbehre und deshalb so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden sollte.

Hierzu schreibt die Süddeutsche Zeitung: „Daher kommt es wohl auch, daß die Vermutung weit verbreitet ist, in der CDU suche jeder nur noch den bequemsten Weg, um zum Erfolg zu kommen. Auf diesem Nährboden muß das Gerücht gewachsen sein, Geißler wolle die CDU in die Rolle eines ‚Juniorpartners‘ der Sozialdemokraten hineinmännern. Damit tut man indessen dem Generalsekretär, der im Augenblick viel

wagt, wofür ihm der Undank der Partei sicher ist, gewiß Unrecht. Sein strategisches Ziel ist es, einem Kanzler der Union ins Amt zu verhelfen, und wenn es nach ihm geht, wird dieser Kanzler Ernst Albrecht heißen.“

Stoiber: Keine programmatischen Unterschiede

In der DFS-Sendung „im Brennpunkt“ wurde der CSU-Generalsekretär Stoiber gefragt: „Gibt es auch programmatische Unterschiede zwischen den beiden Unionsparteien?“ Antwort: „Es gibt in den Grundsätzen keine programmatischen Unterschiede in der Außenpolitik und in der Innenpolitik, in der Wirtschaftspolitik und in der Schulpolitik. Wir sind völlig einer Meinung in den Grundsätzen. Natürlich gibt es gewisse differenzierte Detailauffassungen, aber die darf man nicht überbewerten. Hier haben wir echte Gemeinsamkeiten.“

Einspruchsfrist für Bußgeldbescheide verlängern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf mit einer bürgerfreundlichen Einspruchsfrist gegen Bußgeldbescheide vorgelegt. Diese soll auf zwei Wochen verdoppelt werden. Dazu erklären die Abgeordneten Manfred Langner und Benno Erhard: Zu Recht wird die Gesetzesflut beklagt. Das darf den Gesetzgeber aber nicht daran hindern, Vorschriften, die sich in der Praxis nicht bewährt haben, zu verändern und durch bürgernähere Regelungen zu ersetzen. In diesem Sinne hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Einspruchsfrist gegen Bußgeldbescheide von einer auf zwei Wochen verdoppelt wird.

Infolge „der heutigen Verhältnisse bei Beförderung sowie Zustellung und Austragung der Post“ (BGH, Beschluß vom 29. 3. 77 — VI ZB 14/76) sind Postlaufzeiten von zwei oder mehreren Tagen keine Seltenheit mehr. Der verzögerte Postlauf hat unter anderem dazu geführt, daß die Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln immer häufiger überschritten werden. Die Zahl der Verfassungsbeschwerden zu diesen Fällen ist dadurch ständig gewachsen.

Durch den Bußgeldbescheid erfahren die Adressaten in der Regel erstmals — und oft unvorbereitet — davon, daß ihnen eine Ordnungswidrigkeit zur Last gelegt wird. Hier wirkt es sich für die Betroffenen besonders nachteilig aus, daß sie faktisch gehalten sind, den schriftlichen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid schon wenige Tage nach dessen Zustellung einzulegen.

Schluß mit der Streckenstilllegung

In Anbetracht der Lage auf dem Ölmarkt forderte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dieter Schulte, MdB, den sofortigen Stopp des umfangreichen Streckenstilllegungsprogrammes der Bundesregierung im Schienenpersonennahverkehr. Der entsprechende Kabinettsbeschluß vom 14. Juni 1978, in dem es heißt, „die Umstellung von rd. 6 000 km Schienenpersonennahverkehr auf Busbedienung wird fortgeführt“, müsse umgehend revidiert werden. Die steigenden Treibstoffpreise hätten die ohnehin nicht überzeugenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Streckenstilllegungsmaßnahmen vollends in Frage gestellt. Denn im Busverkehr machten diese zusätzlichen Kosten bereits Millionenbeträge aus.

In der Tat schlagen die Nahverkehrsbetriebe bereits Alarm, weil ihnen der Dieseltreibstoff knapp wird. Sie weisen auf die drohende Gefahr von Fahrzeugstilllegungen im Busverkehr hin. In dieser Situation kann eine Verkehrsverlagerung großen Stils von der Schiene auf die Straße auf keinen Fall mehr in Frage kommen.

Familienpolitik vor dem Vermittlungsausschuß

Zu den Entscheidungen des Bundesrates, wegen familienpolitischer Gesetze den Vermittlungsausschuß anzurufen, erklärte die stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helga Wex, es sei zu begrüßen, daß dadurch die Mitglieder des Bundesrates noch einmal die schwerwiegenden Bedenken gegen die von SPD und FDP im Bundestag beschlossenen Gesetze zum Mutterschaftsurlaub und zum elterlichen Sorgerecht zum Ausdruck brächten. Diese Gesetze können zu großen sozialen Ungerechtigkeiten führen. So rei ßt das Gesetz zum Mutterschaftsurlaub eine Kluft auf zwischen innerhäuslich berufstätiger und außerhäuslich erwerbstätiger Mutter, und das Gesetz zur elterlichen Sorge birgt die Gefahr des Mißbrauchs durch erleichterte Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Familie. Dies muß auch im Interesse unserer Kinder vermieden werden. Die SPD versucht durch publizistisches Strohfeuer von den schweren gesellschaftspolitischen Mängeln abzulenken, um die sich hinter diesen Gesetzen verbergenden sozialistisch-familienfeindlichen Tendenzen nicht offenkundig werden zu lassen.

■ KONFERENZ VON MANILA

Zur Selbstzufriedenheit besteht überhaupt kein Anlaß

Offiziell heißt es, das Ergebnis der Konferenz für Handel und Entwicklung — UNCTAD — in Manila sei zufriedenstellend. Hinter vorgehaltener Hand fügt man hinzu, es sei auch gar nicht so teuer geworden. Geradezu glücklich gaben sich die Offiziellen, weil die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer unzureichenden Entwicklungshilfe trotz einiger Versuche nicht namentlich gerügt wurde.

Die amtlich verordnete Zufriedenheit steht auf schwachen Fundamenten. Die in Manila an diesem Frontabschnitt des Nord-Süd-Konfliktes eingetretene vermeintliche Ruhe ist trügerisch, stellt MdB Heinz Günther Hübsch fest.

Die Entwicklungsländer sind in Manila zu kurz gekommen. Es kann nicht lange dauern, bis sie dies selbst feststellen und die in ihrem Auftrag von Kuba noch in der nächtlichen Abschlußsitzung formulierte Enttäuschung in neue Spannungen übergeht.

Eine Reihe von Forderungen der Entwicklungsländer war und ist aus ordnungspolitischen Erwägungen unannehmbar. Sie wurden zu Recht von der Bundesrepublik Deutschland, den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und den Industrieländern zurückgewiesen.

Es kann allerdings nicht übersehen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland durch ihr bereits auf UNC-

TAD IV erfolgtes Einschwenken auf das integrierte Rohstoffprogramm eine kaum noch gutzumachende ordnungspolitische Todsünde beging. Sie sieht sich neuen dirigistischen Forderungen ausgesetzt, ohne daß die Zustimmung zum integrierten Rohstoffprogramm und die Leistungen — auch die freiwilligen — zum gemeinsamen Fonds irgendeine Entlastung geschaffen hätten.

Irgendeine Zusage von rohstoffreichen Entwicklungsländern unter Einschluß der erdölproduzierenden Länder, aus denen als Gegenleistung für Entwicklungshilfe höhere Sicherheit für die Rohstoffversorgung in der Bundesrepublik Deutschland hergeleitet werden könnte, erfolgte nicht und wurde auch nicht ernsthaft angestrebt. Die Bemühungen, wenigstens die Preis- und Mengenprobleme der Erdölversorgung einzubeziehen, scheiterten. Ein weiterer Beweis dafür, daß die Konferenz politisch unzureichend vorbereitet war. Aus gleichem Grund ist ihr analytischer Wert zweifelhaft, wenn nicht sogar gleich Null.

Als politisches Nullum erwiesen sich das Auftreten des zuständigen Ministers Offergeld und seine Beteiligung am Ablauf und Ergebnis der Konferenz. Entwicklungspolitik fand — obwohl die Konferenz auch diesem Thema gelten sollte — nicht statt. An keiner Stelle hat der dafür zuständige Minister die Debatte erkennbar beeinflusst. Für die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik

Deutschland signalisiert dies alles ein bedenkliches Zurückstecken des Fachressorts und ein Vakuum, in das die Techniker der Politik bereits vorgestoßen sind.

Sehr technisch, wenn auch nicht ohne Erfolg, war das Auftreten des Bundeswirtschaftsministers. Bemerkenswert bleibt jedoch, daß seine ausführliche Rede vor dem Plenum weder Herz für die Sache noch Grundsätze und Perspektiven für die Zukunft zeigte. Der Tageserfolg wurde erreicht. Das aber genügt für die Bewältigung des Nord-Süd-Dialoges nicht. Zum Verstand muß auch das Verständnis für Not, Hunger und drückende Sorgen treten.

Die von den Kirchen in einem bemerkenswerten Dokument beigesteuerten Überlegungen wurden zwar von der Bundesregierung zur Kenntnis genommen und von SPD- und FDP-Sprechern gelobt. Sie fanden jedoch keinen Eingang in die Verhandlungsposition der Bundesregierung. Die Verfasser fragen sich zu Recht, was ihr Beitrag nun wirklich wiegt. In der Bundesrepublik läßt sich auf Dauer Entwicklungspolitik nur mit den Kirchen und anderen positiv orientierten Kräften machen.

Auf der Konferenz gab es keine glaubwürdigen marktwirtschaftlich orientierten Alternativen des freien Westens gegenüber dirigistischen Bestrebungen. Die offensive Kraft des Westens ist zu gering. Er wird unterliegen, wenn nicht klare Perspektiven einer zukunftsorientierten Entwicklungspolitik aufgebaut und nachdrücklich vertreten werden.

Die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft handelten bemerkenswert geschlossen. Auch die Beitrittskandidaten Griechenland, Spanien und Portugal verhielten sich solidarisch und signalisierten ihren Willen zu Europa.

Die Türkei jedoch, die zur Zeit in besonderer Weise die Leistungen der freien Industrieländer zur Beseitigung der Folgen ihrer sozialdemokratisch-sozialistisch verschuldeten aktuellen Misere erwartet, hat namentlich in der nächtlichen Schlußsitzung mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie immer noch der Solidarität zum Block der Entwicklungsländer den Vorrang gibt. Es wird Aufgabe der nächsten Jahre sein, der Türkei klarzumachen, daß auch auf solchen Konferenzen Solidarität nicht Einbahnstraße bleiben kann.

Wieder sind Chancen vertan worden

Im Konferenzverlauf ist die unzureichende Entwicklungshilfe des Ostblocks und seine Weigerung, seine Grenzen für Handel und für austauschbare konvertible Währungen zu öffnen, kritisiert worden. Zu einer Beschlußfassung hat es jedoch nicht gereicht. Behauptungen, denen zufolge die Entfremdung zwischen den Entwicklungsländern und dem sozialistisch-kommunistischen Block wachse, haben im Konferenzablauf keine beachtenswerte Stütze gefunden. Eher wird man davon ausgehen müssen, daß das auf Machtpolitik basierende und in einer Reihe von Ländern ideologisch begründete Zusammenwirken reale Tatsache ist.

Alles in allem: Erneut sind auf internationalem Konferenzboden Chancen verpaßt worden. Nach wie vor fehlen Ideen, Absichten und Perspektiven. Kanzler Schmidt, die Bundesregierung, SPD und FDP, können sich keinesfalls politisch bestätigt sehen. Sie haben allen Anlaß, selbstkritisch darüber nachzudenken, wie ihre jetzige entwicklungspolitische Perspektivlosigkeit aufgefrischt werden kann.

■ STRASSENVERKEHR

Antrag der Union: Mehr Sicherheit für unsere Kinder

In der Bundesrepublik Deutschland ist es bisher nicht gelungen, entscheidende Erfolge im Kampf gegen Kinder-Unfälle im Straßenverkehr zu erzielen. Tatsache ist vielmehr, daß in keinem anderen Land so viele Kinder auf den Straßen verunglücken wie bei uns. Jährlich sterben 1 400 Kinder bei Straßenverkehrsunfällen, 70 000 werden verletzt. In 22 000 Unfälle sind radfahrende Kinder verwickelt.

Der Schutz des Kindes in der Straßenverkehrsordnung muß nach Auffassung von MdB Dieter Schulte verbessert werden. Im Schilderwald auf unseren Straßen ist das Gefahrzeichen „Vorsicht Kinder“ nur eines von 27 gleichrangigen anderen Gefahrzeichen, was den tatsächlichen Gefahren-Situationen in keiner Weise entspricht. Daneben gibt es die verschiedensten Kinder-Hinweiszeichen. Eine besondere Vorsichtsreaktion der Kraftfahrer auf diese die Kinder betreffenden unterschiedlichen Verkehrszeichen ist vielfach nicht erkennbar.

Die Welt des Straßenverkehrs ist zudem eindeutig nach den Maßstäben der Erwachsenen eingerichtet. Es wird nicht genügend berücksichtigt, daß auch bei noch so guter Verkehrserziehung Kinder sich nicht immer verkehrsgerecht verhalten. Die schwache Position des Kindes in der Straßenverkehrsordnung wurde auch vom Deutschen Verkehrs-Gerichtstag wiederholt scharf kritisiert.

Angesichts dieser bedrohlichen Situation der Kinder im Straßenverkehr hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion deshalb folgenden Antrag eingebracht:

Der Bundestag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- ① abgestimmt mit den Bundesländern § 1 der Straßenverkehrsordnung so zu ergänzen, daß jeder Verkehrsteilnehmer gegenüber Kindern zu besonderer Vorsicht und Rücksichtnahme verpflichtet ist,
- ② in der Kraftfahrerausbildung und Nachschulung der neuen Bedeutung von § 1 der Straßenverkehrsordnung für die Sicherheit des Kindes umgehend Rechnung zu tragen,
- ③ statt der bisherigen Schildervielfalt mit Nachdruck auf ein international einheitliches, in seinen Merkmalen herausragendes Kinder-Verkehrsschild in der Kategorie der Vorschriftszeichen hinzuwirken,
- ④ in zu schaffenden Spielstraßen die Gleichberechtigung der Benutzer einzuführen,
- ⑤ klarzustellen, wann radfahrende Kinder den Gehweg oder die Fahrbahn zu benutzen haben,
- ⑥ zusammen mit den für die Verkehrssicherheit wirkenden Organisationen in die vom Bund mitfinanzierten Programme zur Verkehrssicherheit verstärkt Maßnahmen im Hinblick auf die besondere Gefährdung von Kindern einzubauen.

■ KOALITION

Vor Mißbrauch von Steuergeldern wird gewarnt

Kaum zwei Jahre ist es her, daß das Bundesverfassungsgericht in einem aufsehenerregenden Grundsatzurteil der Regierung Schmidt höchst-richterlich bescheinigt hat, durch eine aus Haushaltsmittel finanzierte Werbekampagne unter massivem Verstoß gegen die Verfassung in den Wahlkampf eingegriffen und mit dem Geld des Steuerzahlers das Wahlergebnis beeinflußt zu haben. Es ist nicht auszuschließen, daß sich die sozial-liberale Koalition 1976 nur mit diesem verfassungswidrigen Mißbrauch der regierungsamtlichen Öffentlichkeitsarbeit für reine Parteienwerbung an der Macht halten konnte. Hierzu MdB Friedrich Vogel:

Nunmehr schickt sich die Bundesregierung allem Anschein nach erneut an, die ihr als Verfassungsorgan auferlegte Unparteilichkeit zu verletzen. Neuesten Meldungen zufolge soll nämlich — wie schon 1976 — die Wahlkampfplattform wieder im Bundeskanzleramt erarbeitet werden. Dazu soll von einem sozialwissenschaftlichen Institut ein Gutachten erstellt werden, das für die Wahl 1980 interessante Politikfelder und Reizworte auffinden soll. Die Ergebnisse sollen bereits für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung ab Herbst 1979 zur Verfügung stehen und in Anzeigekampagnen und bundespolitischen Musterargumentationen Verwendung finden.

Diese Tatsache gibt Anlaß, der Bundesregierung das Urteil des Bundesverfas-

sungsgerichts vom 2. März 1977 in Erinnerung zu rufen. Damals hatte das Bundesverfassungsgericht folgende Grundsätze aufgestellt:

— Es ist mit der Verfassung unvereinbar, daß die im Amt befindliche Bundesregierung als Verfassungsorgan im Wahlkampf sich gleichsam zur Wiederwahl stellt und dafür wirbt, daß sie als „Regierung wiedergewählt“ wird.

— Die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung findet dort ihre Grenze, wo die Wahlwerbung beginnt.

— Als Anzeichen für eine Grenzüberschreitung zur unzulässigen Wahlwerbung kommt ein Anwachsen der Öffentlichkeitsarbeit in Wahlkampfnähe in Betracht, das sowohl in der größeren Zahl von Einzelmaßnahmen ohne akuten Anlaß, wie in deren Ausmaß und dem gesteigerten Einsatz öffentlicher Mittel für derartige Maßnahmen zum Zug kommen kann.

— Aus der Verpflichtung der Bundesregierung, sich jeder parteiübergreifenden Einwirkung auf die Wahl zu enthalten, folgt schließlich für die Vorwahlzeit das Gebot äußerster Zurückhaltung und das Verbot jeglicher mit Haushaltsmitteln betriebener Öffentlichkeitsarbeit in Form von sogenannten Arbeits-, Leistungs- und Erfolgsberichten.

Es reicht nicht aus, daß der Bundesregierung dieses Urteil bekannt ist, es muß auch eingehalten werden.

Dilettantisches Programm der Bundesregierung

Zu dem arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramm der Bundesregierung erklärte der Unionsabgeordnete Franz Josef Conrad, das Vorhaben an sich sei besonders wegen der Verbesserungen für den ländlichen Bereich löblich, und deshalb habe die CDU/CSU-Bundes-

tagsfraktion auch der Gesetzesänderung zugestimmt. Sie werde sich jedoch damit vor allem im Interesse der Bürger auf dem Lande nicht zufrieden geben, weil es nämlich nötig sei, einige schwerwiegende, in der Neuregelung enthaltene Mängel auszuschalten. So sei die zur Förderung von Dauerarbeitsplätzen ab 1. August dieses Jahres vorgesehene Verteilung von 350 Millionen Mark an Betriebe in arbeitsmarktpolitischen Problemgebieten an keinerlei Auflagen gebunden. Die Betriebe müßten zum Beispiel nicht die von ihnen einzustellenden Arbeitslosen oder die von einer Entlassung bedrohten Arbeitnehmer nach Beendigung der Fördermaßnahme — Erstattung der Lohnkosten bis zu 90 Prozent bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren — weiter beschäftigen. Hierdurch könne der Erfolg der ganzen Maßnahmen wieder zu nichte gemacht werden. Mittel- und langfristig gesehen sei dieses Sonderprogramm der Bundesregierung also völlig unzureichend.

Steuerkrach in der Koalition

Zum zweiten Mal innerhalb von acht Tagen verkündet die FDP einen Steuerantrag ihres Bundesvorstands, der jedoch erst vom FDP-Parteitag verabschiedet werden muß, bevor er verbindlich wird. Die Angst vor Fredersdorf sitzt der FDP tief in den Knochen. Sie scheint nun endlich die Ansicht der CDU/CSU zu teilen, daß unser antiquiertes Steuersystem verbessert werden muß. Hierzu bedarf es aber keiner Propagandaaktionen. Die FDP hat zehn Jahre ungenützt verstreichen lassen.

In dem durchsichtigen Bemühen, schon jetzt die Weichen für die Propaganda im Bundestagswahlkampf 1980 zu stellen, kündigte Frau Funke an, daß 1981 die Einkommensteuer gesenkt werden

müsse. Jeder seriöse Steuerfachmann weiß seit langem, daß eine Tarifreform überfällig und spätestens für 1980 dringend erforderlich ist, weil dann die Progression wieder mit aller Härte zuschlägt. Die entscheidende Voraussetzung aller Steuerrechtsänderungen, nämlich die Sanierung der kranken Staatsfinanzen durch eine sparsame Ausgabenpolitik, fehlt allerdings bei der FDP.

Die SPD betrachtet den überraschenden Vorstoß offenbar als Bruch einer Koalitionsabsprache. Zurückhaltend im Ton, aber deutlich in der Sache kritisierte Regierungssprecher Grünewald die FDP. In der Bundesregierung gebe es keine Überlegungen, die Steuer zu senken. FDP-Sprecher Gerwald bezeichnete die Grünewald-Kritik als „voreilig“.

Jusos: Schmidt „unglaublich und demagogisch“

Als „unglaublich und demagogisch“ hat der stellvertretende Juso-Vorsitzende Schultz „das Schüren von Kriegsängsten zum Durchpauken des Atomenergieprogramms“ bezeichnet. Schultz nahm damit in Bonn zu der Äußerung von Bundeskanzler Schmidt Stellung, wonach der Wettlauf um Öl und Erdgas zum alleinigen Grund für einen Krieg werden könnte, falls die Kernenergie nicht rasch genug weiterentwickelt würde. Nach Auffassung der Jungsozialisten wurde die gegenwärtige Ölverknappung künstlich von den Ölmultis herbeigeführt, um höhere Preise zu erzielen.

Schultz forderte die Bundesregierung auf, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft die europäischen Ölinteressen von den amerikanischen abzukoppeln und die Ölversorgung zu nationalisieren. Ein erster Schritt dazu seien staatliche Öllieferverträge, die die privatwirtschaftlichen ersetzen sollen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÖHR BEZAHLT

ZITATE

Kein Ausrutscher

Über die Europawahl liegen von einer Reihe von Instituten Analysen auf der Basis von langfristigen demoskopischen Untersuchungen und Vergleichen vor. Nachfolgend ein Auszug aus der Analyse des Infas-Instituts (Bonn-Bad Godesberg). Danach ist der Wahlausgang für die Union keineswegs ein „positiver Ausrutscher“ gemessen am allgemeinen politischen Klima. Wörtlich: Die „Normalität“ des Wahlergebnisses — also die Wiedergabe der aktuellen politischen Grundstimmung — zeigt sich besonders drastisch, wenn statt der Bundestagswahl die Landtagswahlen der letzten beiden Jahre zum Vergleich herangezogen werden. Dieser Vergleich liegt — so Infas — näher, weil die Daten aktueller, die Wahlbeteiligung deutlich niedriger, die politische Brisanz geringer sind.

Wenn die sechs Landtagswahlen der Jahre 1978/79 zusammengezählt und die Veränderungsraten auf das gesamte

Bundesgebiet umgerechnet werden, ergäbe sich folgende Hochrechnung:

CDU/CSU	49,6 Prozent
SPD	40,8 Prozent
FDP	6,0 Prozent
Übrige	3,6 Prozent

Es wird dabei unterstellt, daß die noch ausstehenden vier Landtagswahlen dem Muster der bisherigen folgen. Dieses Resultat wurde am 10. Juni bei der Europawahl fast genau erreicht:

CDU/CSU	49,2 Prozent
SPD	40,8 Prozent
FDP	6,0 Prozent
Übrige	3,6 Prozent

Das Verblüffende an diesem so ähnlichen Resultat — so Infas weiter — ist die unterschiedliche Höhe der Wahlbeteiligung. Am 10. Juni gaben nicht 80 Prozent, wie bei den Landtagswahlen, oder gar 90 Prozent, wie bei der Bundestagswahl, sondern nur 66 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Die einzig plausible Erklärung für diesen Sachverhalt dürfte laut Infas darin liegen, daß jede Partei am 10. Juni etwa den gleichen Anteil von „treuen“ Wählern dazu bewegen konnte, zur Wahl zu gehen.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD